

Dr. Axel Troost

(A) nen. Diesbezüglich ist bisher noch gar nichts gemacht worden.

Die Zahlen aus dem jüngsten „SchuldnerAtlas“ von Creditreform zeigen: Rund 6,5 Millionen Menschen über 18 Jahre sind in Deutschland überschuldet und weisen nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Seit 2004 ist vor allem der Anteil von Frauen an den überschuldeten Privatpersonen massiv gestiegen. Auch ist die Entwicklung bei jungen Erwachsenen problematisch. Von den 20- bis 29-jährigen Einwohnern Deutschlands gelten mittlerweile 10,8 Prozent als überschuldet.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt der Überschuldungsreport des Hamburger Instituts für Finanzdienstleistungen. Dabei stellt er fest, dass vor allen Dingen die sogenannten unvermeidbaren kritischen Ereignisse – das sind insbesondere Arbeitslosigkeit, Scheidung und Krankheit – als Hauptauslöser für Überschuldung gelten, während sogenanntes vermeidbares Verhalten wie das Konsumverhalten und unwirtschaftliche Haushaltsführung gerade einmal 10 Prozent der Überschuldungssituationen verursachen.

Wir sind daher der Ansicht, dass die Zeit reif ist, sich endlich auch diesen Herausforderungen einer verantwortungsvolleren Kreditvergabe zu stellen. Die Kreditvergabe ist ebenso wenig etwas Schlechtes wie die Überschuldung nicht automatisch ein Zeichen von Verschwendung ist. Wir kommen aber nicht umhin, das regulative Umfeld des Kreditmarktes auf den Prüfstand zu stellen.

(B) Es muss das Ziel sein, die von den Kreditgebern eingesetzten Techniken wie das Marketing, die Kreditvergabepraxis, die Risikostreuung und den Umgang mit ausfalligen Schuldnern als Auslöser für Überschuldung zu besichtigen.

Deshalb sollten wir uns als Finanzpolitikerinnen und Finanzpolitiker und als Verbraucherschützerinnen und Verbraucherschützer für das Jahr 2011 gemeinsam vornehmen, nicht nur den Anlegerschutz in den Blick zu nehmen, sondern auch die Überschuldung zu einem Thema der gemeinsamen Beratungen zu machen.

Danke schön.  
(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**  
Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 17/4053 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den Zusatzpunkt 5 auf:  
**Aktuelle Stunde**  
auf Verlangen der Fraktion DIE LINKE

**Kein Atomendlager bei Lubmin**

Ich eröffne die Aussprache.

(C) Das Wort hat der Kollege Steffen Bockhahn für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Steffen Bockhahn (DIE LINKE):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestern Abend ist der Castortransport im Zwischenlager Nord bei Lubmin angekommen. Er hat deutlich länger gebraucht als geplant. Das ist die erste gute Nachricht, weil es deutlich gemacht hat, dass ein Protest auch in Vorpommern gibt und nicht nur in anderen Teilen Deutschlands.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum ersten Mal wurde westdeutscher Atom Müll in ein ostdeutsches Zwischenlager gebracht. Damit wurde ein Konsens gebrochen. Es war immer klar, dass im Zwischenlager Nord nur Müll aus dem Forschungsreaktor Rheinsberg und dem ehemaligen Kernkraftwerk „Bruno Leuschner“ eingelagert werden soll. Das war allen Beteiligten immer klar. Das war immer Konsens.

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Wir in Niedersachsen nehmen auch nur niedersächsischen Müll, ganz klar!)

Jetzt haben Sie das erste Mal westdeutschen Atom müll in das ostdeutsche Zwischenlager gebracht, das eigentlich nur für ostdeutschen Atom müll da ist.

(Michael Kauch [FDP]: Sie haben immer noch die Mauer im Kopf!)

(D) Damit verstoßen Sie gegen das, was vereinbart war, und das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: 20 Jahre nach der deutschen Einheit!)

Dass Union und FDP mit dem Thema sehr verantwortungslos umgehen, ist bekannt, und das sieht man auch jetzt wieder. Aber ernsthaft traurig und wütend macht mich, dass auch die Grünen und die SPD sich hier deutlich verantwortungslos verhalten haben;

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Und ihr seid moralisch hochstehend!)

denn dieser Transport geht auf das Jahr 2004 zurück. Damals hat der grüne Umweltminister Jürgen Trittin festgelegt, dass diese Transporte durchgeführt werden sollen,

(Zuruf von der FDP: Hört! Hört!)

dass dieser Müll aus Karlsruhe und von der „Otto Hahn“ in der Nähe von Greifswald im Zwischenlager Nord eingelagert werden soll.

Das hat er gegen den entschiedenen Widerstand des Landesumweltministers Wolfgang Methling von der Linken getan. Dass es dort entschiedenen Widerstand gab, dass man auf Vereinbarungen verwiesen hat, das alles hat die Bundesregierung nicht interessiert. Das wurde durchgedrückt. Das wurde durchgezogen. Das ist kein verantwortungsvoller Umgang, nicht mit dem Osten,

**Steffen Bockhahn**

- (A) nicht mit dem Westen; das ist insgesamt verantwortungslos.

(Beifall bei der LINKEN)

Insofern ist klar, dass die Grünen bei den Protesten in Greifswald mal eher nicht zu sehen waren.

(Stephan Kühn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch Quatsch!)

Während man im Wendland in ganzer Garnisonsstärke anwesend gewesen ist, ist dort, glaube ich, nur ein Bundestagsabgeordneter der Grünen gesehen worden.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Das muss hart angeprangert werden! Ganz ordentlich!)

Das war bei uns ein bisschen anders. Wir wissen auch, warum. Sie sind an der Stelle einfach nicht glaubwürdig. Sie sind an diesen Atomtransporten schuld. Das haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben jetzt schlicht und ergreifend festzustellen, dass Schwarz-Gelb für blühende Landschaften sorgen wollte, aber Rot-Grün für eine strahlende Zukunft gesorgt hat. Das ist allerdings kein Erfolgsmodell, das man fortsetzen sollte.

(Beifall bei der LINKEN – Manfred Grund [CDU/CSU]: Was für ein Niveau!)

Wenn Sie heute erklären, dass das alles nicht so sein dürfe, muss man klar sagen: Da sind Grüne und SPD unglaubwürdig; denn sie haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Schwarz-Gelb an dieser Stelle so agieren kann, wie das geschieht.

(B)

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hauptsache, ihr seid glaubwürdig!)

Das muss man schlicht und ergreifend so sagen. Das sind die Fakten. Die müssen Ihnen nicht gefallen. Aber es sind die Fakten, und an denen kommen Sie nicht vorbei.

Dann muss man die Frage stellen: Warum mussten Sie den Müll überhaupt nach Lubmin transportieren lassen? Das liegt einfach daran, dass Sie keine andere Möglichkeit hatten.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, genau so!)

– Ja. – Es handelt sich um Müll aus deutschen Forschungsreaktoren. Der wurde durch die Bundesrepublik Deutschland erzeugt.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben uns gerade auch um den Rossendorf-Müll gekümmert!)

Die privaten Atomkonzerne, die von Ihnen selbstverständlich wunderbar protegert werden – auch die SPD ist an der Stelle nicht immer ganz lupenrein –, haben sich geweigert, diesen Müll anzunehmen. Daraufhin mussten Sie ihn in das bundeseigene Zwischenlager Nord verschicken lassen. Das heißt, Sie spekulieren sehr wohl darauf, dass immer dann, wenn Sie den Müll nicht

bei den privaten Konzernen loswerden, das bundeseigene Zwischenlager Nord bei Lubmin dafür herangezogen wird. Damit sind Sie bereit, Vorpommern schleichend zum Atomklo Deutschlands zu machen. Das werden wir aber nicht mitmachen. (C)

(Beifall bei der LINKEN – Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben wir aber eine Mordsangst vor!)

Vor allen Dingen Leute aus FDP und CDU sagen immer, es sei alles Panikmache, wenn vorgebracht werde, dass es hier darum gehe, ein großes Zwischenlager oder womöglich sogar ein Endlager zu errichten. Dazu muss ich bemerken: Es liegt ja noch mehr Atomklo her, der produziert worden ist und für den es Verpflichtungen gibt. Bei Ihrer Politik ist mir völlig klar, dass der Bestandsschutz, der bisher besteht – das Zwischenlager Nord hat, in Anführungszeichen, nur acht Hallen –, gar nichts wert ist. Wenn Sie neue Flächen brauchen, werden Sie neue Hallen bauen lassen. Dann werden Sie eine neue Betriebsgenehmigung erteilen. Sie werden alles dafür tun, dass Sie der Atomlobby weiterhin große Geschenke machen können. Dazu brauchen Sie Lagerstätten. Die werden Sie im Zweifel auch in der Nähe von Lubmin schaffen wollen. Das wird aber auf unseren erbitterten Widerstand stoßen. Ich freue mich, dass der Protest in Vorpommern immer stärker geworden ist.

Wenn Sie 10 000 Polizistinnen und Polizisten einsetzen, um einen so kleinen Transport durchzuführen, dann ist Ihnen klar: Auch wenn es nicht die ganz große Bewegung wie im Wendland gibt, hat das, was Sie da tun, keine gesellschaftliche Mehrheit. – Das werden wir Ihnen jedes Mal aufs Neue beweisen, auch im Frühjahr wieder, wenn die nächsten Transporte rollen sollen. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Ganz zum Schluss Folgendes: Wenn Sie sagen, es handele sich in Lubmin überhaupt nicht um ein Endlager, dann muss ich Ihnen entgegenhalten: Die Genehmigung läuft momentan bis 2039. Ich glaube nicht daran, dass Sie bis 2039 ein echtes Endlager gefunden haben werden. Was passiert dann? Dann wird die Betriebsgenehmigung verlängert, und schleichend wird das dort doch ein Endlager. Das werden wir nicht zulassen.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN – Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Das ist ja ganz großartig! – Manfred Grund [CDU/CSU]: Die moralisch hochstehende Linke!)

#### **Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat die Parlamentarische Staatssekretärin Ursula Heinen-Esser.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Ursula Heinen-Esser**, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es schon erstaunlich, mit welchem Titel wir heute in diese Aktuelle Stunde gehen:

(Michael Kauch [FDP]: So ist das!)

Parl. Staatssekretärin Ursula Heinen-Esser

(A) „Kein Atomendlager bei Lubmin“. Schon der Titel dieser Aktuellen Stunde, die Sie beantragt haben, ist verräterisch.

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Genau!)

Er ist zutiefst unseriös und absolut irreführend. Sie spielen bewusst mit Ängsten und Sorgen in der Bevölkerung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Wir spielen nicht! – Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Sie spielen mit der Bevölkerung! Wir greifen Ängste auf!)

Das ist keine seriöse Politik, die Sie hier machen. Sie setzen unseriöse Behauptungen in die Welt.

Ich bin erstaunt, dass Sie es geschafft haben, in Ihrer Rede das Wort „Zwischenlager“ in den Mund zu nehmen, obwohl Sie uns hier das Atomendlager präsentieren wollen.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Er hat ja erklärt, was da passiert! – Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Wenn Sie zuhören würden, hätten Sie das verstanden!)

– Jetzt können Sie mir zuhören.

(Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Sie haben mir ja auch nicht zugehört!)

(B) – Ich habe Ihnen sehr genau zugehört. – Es geht hier um die Fakten. Das Zwischenlager Nord dient in der Tat ganz überwiegend der Lagerung der bestrahlten Brennelemente aus den in Stilllegung befindlichen Kernkraftwerken Greifswald und Rheinsberg sowie der Zwischenlagerung der aus dem Abbau dieser Anlagen resultierenden radioaktiven Abfälle. Die Aufbewahrungsgenehmigung – das haben Sie richtig gesagt – gilt in der Tat bis zum Jahr 2039.

Der Bund hat im Zuge der deutschen Einheit die Aufgabe übernommen, die Kernkraftwerke in der ehemaligen DDR abzubauen und die anfallenden radioaktiven Abfälle zu entsorgen. Dieser Aufgabe hat sich der Bund seit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik intensiv und mit hohem finanziellem Engagement angenommen. Die Kosten sind bis Ende 2009 auf etwa 2,8 Milliarden Euro angewachsen. Am Rande sei hier auch einmal erwähnt, dass die vom Bund finanzierte Energiewerke Nord GmbH, der Betreiber des Zwischenlagers, außergewöhnliche Anstrengungen vor Ort zur Nachnutzung der Liegenschaften am Standort Greifswald unternimmt und dabei sehr erfolgreich agiert. Zu sonstigen positiven Wirkungen in der Region, auch auf den Arbeitsmarkt, wird mein Kollege Lietz gleich sicherlich noch das eine oder andere sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aber in der Tat ist es so, dass mit der Lagerung der ehemaligen DDR-Abfälle die Kapazitäten des Zwischenlagers nicht erschöpft sind. Die verbleibenden Kapazitäten haben bereits im Jahr 2004 zu der Entscheidung der damaligen Bundesregierung geführt, das vom

Bund finanzierte Zwischenlager Nord auch für die Entsorgung der Forschungseinrichtungen des Bundes nutzbar zu machen. Das ist eine Entscheidung, die der damalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin begleitet hat. (C)

(Eckhardt Rehberg [CDU/CSU]: Hört! Hört! – Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Viel früher, liebe Staatssekretärin!)

Ich sage ganz klar: Ich halte diese Entscheidung für richtig und verantwortbar.

Gestern wurden vier Behälter mit bestrahlten und unbestrahlten Kernbrennstoffen aus dem ehemaligen Karlsruher Forschungsreaktor und dem ehemaligen Reaktorschiff „Otto Hahn“ zum Zwischenlager Nord verbracht. Im Übrigen wäre es schön gewesen – Sie haben ja gesagt, wie viele Polizisten im Einsatz gewesen sind –, Sie hätten den Polizisten einmal gedankt, die hier nämlich eine sehr schwere Aufgabe hatten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Sie instrumentalisieren die Polizisten für Ihre Politik!)

Sie sagen: keine Abfälle aus dem Westen nach Lubmin. Das ist Ihre schlichte Aussage. Aber was ist die Alternative? Die einzige Alternative wäre doch, dass wir weitere Zwischenlager in Deutschland bauen, mit einem möglicherweise erheblichen Transportaufwand und vielleicht nicht so guten Auswirkungen auf die Sicherheit, obwohl wir ein gutes, vernünftiges Zwischenlager in Lubmin haben.

(Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Die Sicherheit ist doch in Lubmin überhaupt nicht gegeben! Da gibt es nicht einmal eine heiße Zelle! Unglaublich!) (D)

Aufgrund dessen ist es richtig, das Zwischenlager in Lubmin zu nutzen. Eine Unterscheidung zwischen radioaktiven Stoffen aus der ehemaligen DDR und aus dem Westen, wie Sie sie betreiben, entbehrt jeder sachlichen Grundlage und ist für mich absolut nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der CDU/CSU – Manfred Grund [CDU/CSU]: Das ist spalterisch, absolut spalterisch! Spalterpartei!)

Was wollen Sie den Menschen an anderen Standorten erklären?

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Das interessiert die Linken ja gar nicht!)

Was wollen Sie den Menschen in Gorleben, in Ahaus, in der Samtgemeinde Assen erläutern,

(Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Standortnah!)

die die gesamtgesellschaftliche Verantwortung tragen?

Das, was Sie machen – ich wiederhole meine Eingangsworte –, ist unseriös und unverantwortlich. Sie sind nicht bereit, sich einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung zu stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Parl. Staatssekretärin Ursula Heinen-Esser

- (A) Lassen Sie mich zum Schluss den ehemaligen Bundesumweltminister Sigmar Gabriel aus dem Jahr 2006 zitieren:

Ungeachtet meiner Ausführungen zur Sach- und Rechtslage bin ich der Auffassung, dass es die Pflicht sowohl des Bundes als auch der Bundesländer ist, alle auf dem Territorium der Bundesrepublik angefallenen radioaktiven Abfälle – gleich in wessen Zuständigkeit und zu welchem Zeitpunkt sie angefallen sind – auf der Basis der bestehenden Rechtsnormen einer sicheren Lagerung in Deutschland zuzuführen.

Diesen Ausführungen ist nichts hinzuzufügen.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die SPD-Fraktion spricht nun die Kollegin Ute Vogt.

(Beifall bei der SPD)

**Ute Vogt (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wird zwar derzeit kein Atomendlager im Zwischenlager Nord in Rubenow eingerichtet, aber faktisch handelt es sich dabei um ein Endloslager.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

- (B) Denn Sie sind es, die bereits im Jahr 2006 verhindert haben, dass wir die Suche nach einem alternativen Endlagerstandort beginnen, als Sigmar Gabriel das vorgeschlagen hat.

(Michael Kauch [FDP]: Das ist eine Frechheit! Sie haben regiert, nicht wir!)

Sie sind es, die heute mit Gorleben ein totes Pferd reiten und den Menschen vormachen, dass man einen Endlagerstandort gefunden haben könnte, obwohl Sie genau wissen, dass dies nicht rechtmäßig zustande gekommen ist und es erhebliche wissenschaftliche Zweifel daran gibt. Deshalb ist es klar, dass die Menschen dort, wo Müll hingefahren wird, die Sorge haben,

(Christian Ahrendt [FDP]: Das ist doch Ihr Müll! Sie haben doch kein Endlager gesucht! Das müssen Sie den Leuten sagen!)

dass bei ihnen auf unbestimmte Zeit ein Lager eingerichtet wird.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Heftigkeit des Protestes braucht niemanden zu wundern. Denn Sie haben mit Ihrer Laufzeitverlängerung jedes Vertrauen in eine glaubwürdige Energiepolitik zerstört, und Sie haben eine Energiepolitik begonnen, die von Lobbyisten geführt wird und mit der Sie sich zu reinen Erfüllungsgehilfen der Industrie machen. Deswegen ist die Akzeptanz gerade auch in dem Zwischenlager Nord nicht mehr gegeben. Es gibt Demonstrationen in einer Art und Weise, wie es sie früher nicht gegeben hat.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Wenn Sie heute den Müll hin- und herschieben, dann müssen Sie sich fragen lassen, wie es wird, wenn man noch zwölf Jahre draufsattelt. Wo wollen Sie eigentlich hin, wenn auch das Lager dort schon nahezu voll belegt ist? Allein der aktuelle Transport kostet das Land Mecklenburg-Vorpommern 1,6 Millionen Euro. Ich kann nachvollziehen, dass man sich angesichts Ihrer aktuellen Energiebeschlüsse dort heftig wehrt.

Verstärkt wird das Misstrauen durch die Intransparenz, die sich diese Bundesregierung leistet. Darüber, wer in Rubenow was lagern wird, geben Sie noch nicht einmal dem Deutschen Bundestag ausführlich Auskunft. Mit dem Hinweis auf die Wahrung von Geschäftsinteressen und Geschäftsgeheimnissen versagen Sie auch dem Deutschen Bundestag konkrete Angaben über die Vertragspartner im Einzelnen. Deshalb ist es auch kein Wunder, dass die Spekulationen bei diesem Thema so ins Kraut schießen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Man kann nachvollziehen, dass gerade in Mecklenburg-Vorpommern die Menschen besonders empört sind. Denn gerade dieses Land hat wahrlich seinen Beitrag geleistet, und es kann Vorbild für andere sein.

(Zuruf von der LINKEN: Genau!)

Da Mecklenburg-Vorpommern schon heute 40 Prozent seines Nettostromverbrauchs aus Windenergie produziert und damit in Deutschland den zweiten Platz einnimmt, kann man verstehen, dass einem die Zukunft, die man mit dem Windrad täglich vor Augen hat – eine Zukunft, die erst durch Rot-Grün möglich geworden ist –, dadurch vergällt wird, dass Sie durch Ihre Energiepolitik eine unendliche Müllmenge produzieren. Dann kann man verstehen, dass Ihnen die Menschen nicht mehr vertrauen und sie Sorge und Angst haben, dass sie das, was von Ihrer Seite dorthin gekarrt wird, nie mehr loswerden.

(D)

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, die CDU muss eine realistischere Wahrnehmung bekommen. Der CDU-Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Herr Caffier, hat sich darüber beschwert, dass er – ich zitiere – „nun den Müll bekommt, den die Grünen bestellt haben“. Ich sage Ihnen: Viel richtiger ist, dass dieses Land jetzt den Protest bekommt, den CDU/CSU und FDP provoziert haben. Das ist die Wahrheit. Das steckt hinter den Protesten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man zurückschaut, stellt man fest, dass es damals in Deutschland bei der Einführung der Atomenergie auch in meiner Partei einen breiten politischen Konsens gab.

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Ja, ja! – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Das war einmal!)

Ute Vogt

- (A) Im Gegensatz zu anderen haben wir aber in verantwortlicher Weise eine Neueinschätzung dieser Technologie vorgenommen und nicht ignoriert, was uns Wissenschaft und Technik im Laufe der Jahrzehnte in Bezug auf die Gefährdungen durch eine solche Technologie gezeigt haben.

(Zuruf von der CDU/CSU: Heute hü, morgen hott!)

Wir haben deutlich gemacht, dass es einen klaren, für alle verlässlichen Weg gibt, diese Technologie einem Ende zuzuführen, eine Technologie, der schon das Sterbeglöckchen geläutet hat, bevor Sie sie praktisch wieder zum Leben erwecken wollen.

Das zerstört den energiepolitischen Konsens in diesem Lande. Sie sorgen für Unfrieden. Sie sorgen für 450 Tonnen mehr hochradioaktiven Müll, und das Jahr für Jahr für die nächsten zwölf Jahre. Das ist unverantwortlich. Sie werden nicht umhinkommen, die Proteste wahrzunehmen. Vor allen Dingen werden Sie 2013 die Quittung für Ihr Handeln bekommen. Die Kräfte, die dann an die Regierung kommen, werden die Laufzeitverlängerung wieder beenden, damit wieder Frieden in diesem Land herrscht und vor allem eine zukunftsfähige Energiepolitik betrieben wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Ist ja auch Weihnachten!)

- (B) **Vizepräsidentin Petra Pau:**

Der Kollege Michael Kauch hat nun für die FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der FDP)

**Michael Kauch (FDP):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Linke hat heute noch einmal gezeigt, dass bei ihr die Mauer im Kopf immer noch da ist.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zurufe von der LINKEN: Oh!)

Ich kann an dieser Stelle nur deutlich sagen: Wir können Altlasten aus nuklearen Abfällen nicht gegeneinander aufrechnen. Es war die Vorgängerpartei der Linken, die damals in der DDR regiert oder besser gesagt über die DDR geherrscht hat. Diese Partei hat ein Endlager in Morsleben gebaut, das nicht den Anforderungen westdeutscher Sicherheitsstandards entspricht und deshalb jetzt auf Kosten des Bundes – wohlgemerkt – und nicht des Landes Mecklenburg-Vorpommern oder anderer ostdeutscher Länder saniert wird. Hier zeigt der Bund seine Solidarität. Diese Solidarität ist keine Einbahnstraße. Wir haben eine nationale Verantwortung. Wir enden nicht in der Kleinstaaterei, auch nicht, wenn es um die Verantwortung für nukleare Abfälle geht.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Das Thema, das Sie für die Aktuelle Stunde angemeldet haben, „Kein Atomendlager bei Lubmin“, ist nur peinlich. Hierzu kann ich Ihnen sagen: Niemand will ein Endlager bauen. Nein, niemand kann hier ein Endlager bauen, weil die geologischen Voraussetzungen dafür überhaupt nicht vorliegen. Aber es ist natürlich klar: Eine Partei, in der auch früher die Menschen gesagt haben, dass sie keine Mauern bauen wollen, glauben natürlich nicht daran, wenn andere Menschen sagen, dass sie kein Endlager in Lubmin bauen wollen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Zuruf von der LINKEN: Sie haben auch mal gesagt, da kommt kein Müll von woanders hin! Und das halten Sie auch nicht durch!)

Dieser Provinzialität und Engstirnigkeit, die die Linke hier an den Tag legt, nämlich Verantwortung nur bis zum eigenen Gartenzaun zu zeigen, setzt Frau Vogt noch die Krone auf. Frau Vogt hält hier eine Hetzrede gegen die schwarz-gelbe Regierung.

(Widerspruch bei der SPD)

An dieser Stelle muss ich sagen: Sie wollen zündeln, Sie wollen die Protestprofiteure werden.

Nur, so wird die traditionsreiche sozialdemokratische Partei nicht gewinnen. Denn die Grünen können das Aufrufen zu Demonstrationen und die Linken das Aufrufen zum Schottern viel besser als Sie. Deshalb sollten Sie zu einer verantwortungsvollen Politik zurückkehren. Denn Sie haben in diesem Land Verantwortung getragen, auch für die Abfälle, die wir heute transportieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Liebe Frau Vogt, liebe Frau Kotting-Uhl – Sie reden gleich –, es ist auch Ihr Müll, der hier transportiert wird. Der rot-grüne Umweltminister hat diesen Transport sozusagen in Auftrag gegeben. In Gorleben gab es zehn Jahre lang einen Stopp bei der Erkundung der Eignung für ein Endlager. Ich kann mich auch nicht erinnern, dass die rot-grüne Regierung – in den letzten zehn Jahren war nicht nur die Union an der Regierung – an anderer Stelle ein Endlager gesucht hätte.

Frau Vogt, Sie loben hier Mecklenburg-Vorpommern dafür, dass es 40 Prozent des Stroms aus Windkraft gewinnt. Man sollte aber auch erwähnen, dass in Ihrem Bundesland 50 Prozent des Stroms aus Kernkraft stammen.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da war die FDP an der Regierung!)

Vielleicht sollten Sie Ihren Wahlkreis als Standort für ein neues Zwischenlager anmelden. Das tun Sie aber nicht. Sie wollen hier zündeln, aber keine Verantwortung tragen. Das, was die Opposition hier abliefern, ist wirklich unterste Schublade.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Es wird dem Anspruch an eine verantwortliche Politik nicht gerecht.

**Michael Kauch**

(A) Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen. Ich war im Sommer in Mecklenburg-Vorpommern. Da hat man mich darauf angesprochen, dass die Landesregierung dort einen Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung von 100 Prozent erreichen will. Ich habe die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern dafür gelobt. Ich habe aber den Hinweis gegeben, dass der Blick auf ein einzelnes Bundesland auch bei der Energieversorgung nicht hilfreich ist. Denn Mecklenburg-Vorpommern und andere Länder an der Küste, die es bei der Nutzung der Windkraft leicht haben, weil dort mehr Wind als beispielsweise in Bayern weht, brauchen ein Back-up, wenn der Wind nicht weht.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Hören Sie mit dem Quatsch auf!)

Wir sprechen hier über ein nationales Energieversorgungssystem. Die Energiesicherheit in Mecklenburg-Vorpommern ist nur gewährleistet, wenn das Land in dieses nationale System eingebunden ist.

(Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Das ist ja steinzeitlich!)

Im Übrigen profitieren auch die Menschen an der Küste davon, dass die Industrie, die beispielsweise an der Ruhr oder im Rhein-Main-Gebiet angesiedelt ist, über eine sichere Stromversorgung verfügt;

(Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Das ist ein Irrtum!)

(B) denn das sichert Arbeitsplätze in der gesamten Republik. Wir können nicht so tun, als ob einzelne Bundesländer energieautark wären. Sie sind es nicht, sie werden es nicht sein. Deshalb müssen wir gemeinsam Verantwortung für unser Land tragen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frohe Weihnachten!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun die Kollegin Sylvia Kotting-Uhl das Wort.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Bockhahn, wir sind uns beim Ziel der Energiepolitik wahrscheinlich ziemlich einig. Man kann aber nicht so inflationär mit dem Begriff „Atommüllendlager“ umgehen, wie Sie es heute gemacht haben. Wenn man ein Atommüllendlager finden, auswählen und so benennen möchte, muss man bestimmten Kriterien folgen.

(Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Ach!)

Wenn Sie das, was in Lubmin steht, als Atommüllendlager bezeichnen – egal vor welchem Hintergrund, mit welcher Zielrichtung Sie es so bezeichnen –, ist das schlimmer, als wenn andere sagen, Gorleben sei ein supertolles Endlager. Ich kann das nicht akzeptieren. Außerdem – falls Sie es nicht wissen –: In Ahaus lagert zum Beispiel Atommüll aus Rossendorf. Sollen wir den

Atommüll zurückschicken und ihn in Rossendorf vor die Tür legen? (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Das ist eine andere Vereinbarung! Das wissen Sie auch!)

Sie haben richtigerweise gesagt, dass die Zwischenlagerung 2003 beantragt und anschließend genehmigt worden ist. Die Zwischenlager in Ahaus und Gorleben werden von der Privatwirtschaft, von der Atomwirtschaft, betrieben; Sie haben die Zwischenlagerung abgelehnt. Das Zwischenlager muss immer selber den Antrag auf Aufbewahrung stellen.

Jetzt sagen Sie einmal: Wohin hätte man denn gehen sollen? Mein Wahlkreis ist Karlsruhe. Insofern hat Herr Kauch sogar recht: Es ist auch mein Müll. Ich habe ihn nicht produziert; aber er stammt aus meinem Wahlkreis. Dieser Müll ist jetzt in Lubmin gelandet. Wo hätten wir ihn denn lassen sollen? In der Großstadt Karlsruhe, in der es damals zusätzlich die gerührte hochradioaktive Atomsuppe gab? Hätte man den ganzen Müll mitten in der Großstadt lassen sollen? Lubmin ist das einzige bundeseigene Zwischenlager. Damals gab es, wie Sie richtig gesagt haben, keine andere Lösung.

Jetzt können Sie den Verursacher des Atommülls angreifen.

(Zurufe von der FDP: Nein!)

– Sie können auch eine Zwischenfrage stellen. – Oder Sie können, wie Sie es gemacht haben, die Verursacher der Genehmigung angreifen. Jetzt fragen Sie sich einmal ernsthaft, welcher Angriff der bessere wäre, und dann können wir beide gemeinsam weiterreden. (D)

Herr Kauch, Sie sind heute bei Ihren Aussagen zu den Erneuerbaren weit unter Ihren Fähigkeiten und unter Ihren eigenen Kenntnissen geblieben. Das muss ich Ihnen kurz vor Weihnachten noch mitgeben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zeit ist mir wirklich zu schade, um noch einmal die Geschichte des vermeintlichen Endlagers und des Standorts Gorleben zu erzählen. Aber dass Jürgen Trittin ein Endlagersuchgesetz ausgearbeitet hat, dass er Kriterien für die Endlagersuche hat erarbeiten lassen, dass dann die vorgezogene Bundestagswahl dazwischenkam, ist doch inzwischen Allgemeingut. Muss man das in jeder Debatte wiederholen?

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Er hat das eingebracht! – Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Das Moratorium! Sagen Sie doch was zu dem Moratorium in Gorleben!)

Der Endlagersuchprozess wäre längst gestartet, wenn die Regierung nicht gewechselt hätte. Aber Schwarz-Rot konnte sich nicht einigen. Sie glauben, man könnte das alles in Gorleben abladen. Es ist ziemlich unerträglich, was Sie zum Teil von sich geben.

Ich will Ihnen jetzt aber einmal sagen, worum es heute und in Lubmin tatsächlich geht. Wir haben in einer

Sylvia Kotting-Uhl

- (A) Kleinen Anfrage gefragt, worum es in Lubmin eigentlich geht und was dort in Zukunft geplant ist. Aus der Antwort auf die Kleine Anfrage vom 29. November 2010 will ich Ihnen einmal einiges zitieren. Daraus geht übrigens auch völlig klar hervor, dass die erste Genehmigung zur Pufferlagerung unter Frau Merkel erfolgt ist und nicht schon in 2004. Frau Merkel hat damals das Zwischenlager Lubmin für den westdeutschen Müll geöffnet. Herr Trittin hat eine Genehmigung erteilt, aber er hat es nicht geöffnet.

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Und wenn man eine Genehmigung erteilt, ist das keine Öffnung?)

Man muss auch klar sagen, wie die Dinge angefangen haben.

Und jetzt will ich Ihnen aus einer Kleinen Anfrage von mir vom 29. November zitieren. Bei den Planungen steht zum Beispiel noch, dass der Müll aus der WAK kommt – der Eigentümer wird immer genannt –, Herkunftsort ist Karlsruhe/Geesthacht/Cadarache. – Das ist alles richtig. Dann kommen weitere Beschreibungen. Da heißt es dann in der Rubrik Eigentümer plötzlich nur noch: Dritte, in der Rubrik Herkunftsort nur noch: KKW. KKW heißt Kernkraftwerk. Vorher heißt es noch KGR für Kernkraftwerk Greifswald, KKR für Kernkraftwerk Rheinsberg. KWO wäre übrigens Atomkraftwerk Obrigheim. Das müsste hier stehen. Das heißt, hier findet eine ungeheure Geheimniskrämerei statt.

- (B) Wir sollten uns einmal gemeinsam Gedanken darüber machen und dem nachgehen, was unter Herrn Rittscher – vormals bei der GNS –, auch einer der bekennenden Atomlobbyisten in unserem Land, passiert. Dieses Zwischenlager wird jetzt sukzessive zum Geschäft gemacht. Es soll für Müll aus Atomkraftwerken geöffnet werden, obwohl das völlig unnötig ist. Dagegen müssten wir gemeinsam vorgehen, anstatt dass Sie sich darüber aufregen, dass das ein Transport aus Westdeutschland ist.

(Zurufe von der LINKEN: Oh!)

Das ist Forschungsmüll, öffentlicher Müll, der in das einzig öffentliche Zwischenlager kommt.

(Zuruf von der LINKEN: Das war anders vereinbart! Ihre eigenen Leute wollen das nicht!)

Ich will aber Ihnen von der Regierung noch etwas sagen: Sie kommen mit Ihrer veränderten und verfehlten Energiepolitik einerseits und den Polizeieinsätzen andererseits, die überall – ob in Stuttgart, ob in Gorleben oder jetzt in Lubmin – absolut verschärft werden, garantiert nicht weiter. Schauen Sie sich einmal die Berichte aus Lubmin an! Schauen Sie sich an, was dort wieder passiert ist, wie Leute in Gewahrsam gehalten wurden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Von wie vielen reden Sie denn?)

Sie wurden von überforderten Polizisten stundenlang willkürlich und unangemessen in der Kälte festgehalten. Die Polizisten haben die einen in einen Gefangenen-transport und die anderen in einen Reisebus gesteckt. Sie wussten nicht, was sie tun sollten.

(C) Sie tragen Ihre Energiepolitik auf dem Rücken der Polizei aus, zunehmend in ganz Deutschland. Davon müssen Sie runterkommen, das gefährdet die Rechtsstaatlichkeit in unserem Land.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN – Zuruf von der CDU/CSU: Jetzt reicht es aber!)

Das regt mich nicht nur als Abgeordnete, sondern auch als Bürgerin auf. Solche Politik können Sie nicht machen! Hören Sie auf damit! Behandeln Sie wenigstens Ihre Polizisten und die Demonstranten angemessen!

(Zuruf von der CDU/CSU: Das sind unsere Polizisten!)

Die Demonstranten nehmen ein Grundrecht wahr, und die Polizisten wollen ihre Arbeit tun. Sie verunsichern beide Seiten. Das geht nicht! Hören Sie auf damit!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

#### Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Dr. Michael Paul für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

#### Dr. Michael Paul (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin der Linken ja schon fast dankbar dafür, dass sie heute diese Aktuelle Stunde beantragt hat, weil wir so einmal zeigen können, wie unseriös Ihre Politik ist, wie Sie systematisch versuchen, die Menschen in diesem Lande für dumme zu verkaufen. (D)

(Zuruf von der LINKEN: Was machen Sie denn?)

Sie vergießen hier Krokodilstränen und beklagen sich über die lange Dauer der Zwischenlagerung bis zur Abführung an ein Endlager für radioaktive Abfälle. Auf der anderen Seite machen Sie alles, um Fortschritte bei der Erkundung des Salzstocks Gorleben zu verhindern. Dabei brauchen wir doch Fortschritte bei der Erkundung, um möglichst zügig ein Endlager einrichten zu können. Wir müssen Sicherheit haben, ob Gorleben ein geeigneter Standort ist oder nicht. Man kann nicht auf der einen Seite die Erkundung nicht mittragen und auf der anderen Seite eine lange Zwischenlagerzeit beklagen. Dieses widersprüchliche Verhalten nimmt Ihnen nun wirklich keiner ab.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist sicherlich richtig, dass die Entsorgung radioaktiver Abfälle eine gesamtstaatliche Aufgabe ist. Das gilt umso mehr, wenn die Verursacher dieser Abfälle öffentliche Einrichtungen wie Forschungseinrichtungen sind. Es ist auch richtig und entspricht dem Verursacherprinzip, dass die öffentliche Hand dann einen Entsorgungsweg sucht, sowohl was den sicheren Abbau der Forschungseinrichtungen angeht, sofern man sie nicht mehr braucht, als auch was den Transport, die Verpackung, die Zwischenlagerung und letztlich auch die Endlagerung

**Dr. Michael Paul**

- (A) angeht. Deshalb war und ist es richtig, dass es ein Konzept für die Entsorgung der radioaktiven Abfälle aus deutschen Forschungseinrichtungen gibt.

Ich verstehe wirklich nicht, warum die SPD heute hier Verständnis für die Proteste zum Ausdruck bringt.

(Ute Vogt [SPD]: Weil Sie immer mehr Müll produzieren!)

Schließlich ist das Konzept im Jahr 2004 entwickelt worden. Danach sollen die Forschungsabfälle zentral im einzigen bundeseigenen Zwischenlager, im Lager Lubmin, bei den EWN, den Energiewerken Nord, eingelagert werden. Der damalige Umweltminister Trittin von den Grünen und die damalige Forschungsministerin Bulmahn von der SPD haben das festgelegt. Heute wollen Sie davon nichts mehr hören. Das ist typisch für die SPD. Egal wo man hinschaut, überall fällt sie um: Rente mit 67, Stuttgart 21 und heute auch noch beim ZLN.

(Beifall bei der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Das ist doch ein Schmarren!)

Wenn Sie schon damals der Auffassung gewesen wären, dass das Konzept falsch ist, hätten Sie doch anders handeln können. Sie selber haben im Jahr 2002 eine Verpflichtung zur Errichtung standortnaher Zwischenlager ausschließlich für die privaten Kernkraftwerke im Ausstiegsgesetz festgeschrieben. Sie haben die Forschungseinrichtungen ausdrücklich ausgenommen. Wenn Sie die Transporte quer durch Deutschland hätten verhindern wollen, dann hätten Sie das tun können. Ich hätte das nicht für richtig gehalten. Sie haben damals nichts getan, stellen sich heute aber hier hin und sagen, dass Sie Verständnis für die Proteste haben. Das ist unseriös, und das müssen wir hier heute auch so sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wer damals die Weichen gestellt hat, kann sich heute nicht auf die Schienen setzen und versuchen, den Zug, der auf diesen Schienen fährt, aufzuhalten.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben die Weichen mit der Laufzeitverlängerung gestellt! – Gegenruf des Abg. Christian Ahrendt [FDP]: So ein Blödsinn!)

Zum Schluss muss ich mich ausdrücklich gegen den Vorwurf wehren, dass die Einrichtungen der EWN in Lubmin ausschließlich als Müllablageplatz verwendet werden; hier ist sogar das schlimme Wort „Atomklo“ gefallen. Die EWN, Energiewerke Nord GmbH, ist eine bundeseigene Gesellschaft, die den Rückbau der DDR-Reaktoren in Greifswald und Rheinsberg organisiert hat. Sie hat das so gut gemacht und sich eine so hohe Kompetenz angeeignet, dass sie mittlerweile nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene als Know-how-Träger eingesetzt wird. Bei der Abwrackung der russischen U-Boot-Flotte in Murmansk unterstützt die EWN. Außerdem ist sie der zentrale Dienstleister für alle öffentlichen Forschungseinrichtungen des Bundes. Ob es der AVR in Jülich oder eine Einrichtung in Karlsruhe ist, die EWN ist der kompetente Dienstleister. Das heißt, Mecklenburg-Vorpommern ist viel mehr als das „Atomklo“, wie Sie von den Linken hier sagen. Damit

- schlagen Sie auch den über tausend Beschäftigten vor Ort ins Gesicht. Das können wir nicht zulassen, und das müssen wir hier auch deutlich sagen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Meine Schlussworte gelten, nicht nur weil dies die letzte Sitzung vor Weihnachten ist, den Polizisten und den Einsatzkräften, die es ermöglicht haben, dass dieser Transport trotz ungünstiger Voraussetzungen zügig das Zwischenlager erreicht hat. Ich danke ihnen dafür.

Ihnen allen wünsche ich eine schöne Weihnachtszeit. Auf Wiedersehen!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die SPD-Fraktion hat die Kollegin Sonja Steffen das Wort.

(Beifall bei der SPD)

**Sonja Steffen (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Dr. Paul, mit einer Aussage haben Sie recht: Eigentlich ist alles ganz schön in Lubmin bzw. Rubenow. Denn abseits von Lärm, Stress und Hektik, unberührt von Massentourismus erwarten komfortable Hotels und gemütliche Pensionen ihre Gäste. Ganz in der Nähe gibt es ein Atommüllzwischenlager, das noch immer kaum entdeckt ist: Lubmin. Wieso nur hat sich bislang kaum jemand für die abgelegenste Atommüllhalde Deutschlands interessiert? (D)

Auch der Sozialismus setzte auf Atomkraft. In Lubmin entstand – das haben wir schon gehört – in den 70er-Jahren das größte Atomkraftwerk der DDR. Das Kernkraftwerk „Bruno Leuschner“ in Lubmin bei Greifswald versorgte bis 1990 die Nordbezirke mit Strom. Dann wurde es – auch das kam schon zur Sprache – wegen Sicherheitsbedenken abgeschaltet. Gott sei Dank!

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Sehen Sie einmal!)

Ein 3,2 Milliarden Euro teures vom Bund finanziertes Stilllegungsprogramm begann. Die strahlende Hinterlassenschaft – es sind immerhin mehr als 5 000 Brennelemente – lagert seit 2006 verpackt in 65 Containern im bundeseigenen Zwischenlager in Lubmin, das eigens für die DDR-Kraftwerke gebaut wurde.

(Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Die Zwischenlagerung der Abfälle in Lubmin ist bis 2039 befristet. Angesichts des Endlosstreits über ein atomares Endlager für hochradioaktive Abfälle gibt es jedoch Befürchtungen, dass der Atommüll über den Genehmigungszeitpunkt hinaus in Lubmin lagern wird. Kollege Bockhahn und meine Kollegin Ute Vogt haben darauf schon hingewiesen. Diese Bedenken sind ernst zu nehmen. Die Befürchtungen scheinen nicht ganz unbegründet zu sein. Denn selbst die Energiewerke Nord als Betreiber des Zwischenlagers schließen angesichts der



**Sonja Steffen**

- (A) Endlagerdebatte eine längere Lagerung in Lubmin inzwischen nicht mehr aus.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Noch 2009 hat das Bundesamt für Strahlenschutz in seinem Statusbericht zur Atomenergienutzung ausgeführt, dass das Zwischenlager Lubmin der Aufnahme von abgebrannten Brennelementen, Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Abfällen aus den ostdeutschen Reaktoren Rheinsberg und Greifswald dient. Es scheint so, dass derzeit bevorzugt Standorte in strukturschwachen Gegenden gewählt werden, in denen mit wenig Protest zu rechnen ist.

(Ute Vogt [SPD]: Genau! – Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: So ist es!)

Hier wird nach einem Prinzip gehandelt, das wir auch aus anderen Bereichen, zum Beispiel Gentechnik oder Tiermastfabriken, kennen: Man geht immer dorthin, wo der Widerstand als am geringsten einzustufen ist.

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Das ist Unfug!)

Sie werden sich hier aber kräftig irren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Proteste gegen das Bombodrom und die Proteste gegen das ursprünglich geplante Kohlekraftwerk in Lubmin haben gezeigt, dass Widerstand auch im strukturschwachen Osten möglich und erfolgreich sein kann.

- (B) (Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Am letzten Wochenende haben 3 000 Atomkraftgegner – das mag gesamtdeutsch betrachtet wenig sein, aber für den Osten war es die größte friedliche Demonstration gegen Atomkraft, die wir bislang erlebt haben – friedlich in Greifswald demonstriert. Sie alle wissen – meine Kollegin Ute Vogt hat schon eindrücklich darauf hingewiesen –, dass sich die Proteste auch und vor allem gegen die von der schwarz-gelben Regierung beschlossene Laufzeitverlängerung richten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Das geschieht mit gutem Grund. Mit der Atomlobby wurde ein Deal vereinbart, der den Konzernen Milliardengewinne bringt und durch den weitere Tausende von Tonnen hochradioaktiver Abfälle angehäuft werden. Wir hatten einmal einen Kompromiss in Deutschland, in dem die Beendigung der Laufzeiten festgelegt wurde.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ihr schmutziger Deal!)

Es war von dieser Bundesregierung mehr als unklug, diesen Konsens auszuhebeln. Die Bürger protestieren nicht grundlos.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C) Ich selber bin bei der Demonstration am letzten Wochenende in Greifswald dabei gewesen. Einige Kollegen, die heute hier sitzen, waren das auch, zum Beispiel Kollege Bockhahn. Von der CDU/CSU habe ich jedenfalls niemanden gesehen, von der FDP übrigens auch nicht.

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Wundert Sie das?)

Ich muss Ihnen sagen: Ich war sehr stolz, dass zu den Teilnehmern auch unser Ministerpräsident Erwin Sellering, der Bischof der Pommerschen Evangelischen Landeskirche, Hans-Jürgen Abromeit, und viele Vertreter der Gewerkschaften gehörten. Die Demonstration verlief absolut friedlich. Laut Polizei gab es keine Zwischenfälle.

Wenn der Kollege Ahrendt von der FDP in der gestrigen Debatte zum Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte behauptet, dass der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern „geistige Beihilfe zum Widerstand gegen Polizeibeamte“ geleistet habe, so ist dies nicht nur eine Diffamierung, sondern auch eine Missachtung der Rechte der Menschen, die durch den Protest ihren Unmut an der derzeitigen Politik der schwarz-gelben Regierung friedlich zum Ausdruck brachten.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D) Aber vielleicht entschuldigen Sie sich ja gleich noch, Sie sind ja im Anschluss meiner Rede an der Reihe. Die Grundrechte der Meinungsfreiheit und der Demonstrationenfreiheit stehen unter einem besonderen Schutz. Es ist das gute Recht der Bürgerinnen und Bürger, gegen die Transporte von Atommüll nach Lubmin zu demonstrieren.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Frau Steffen, achten Sie bitte auf das Signal.

**Sonja Steffen (SPD):**

Das müsste besonders Ihnen, meine Damen und Herren von der FDP, am Herzen liegen. Es ist Ihnen, und zwar der gesamten Regierungskoalition, dringend zu raten, besser auf die Bedürfnisse und Wünsche Ihrer ostdeutschen Wählerinnen und Wähler zu achten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die FDP-Fraktion spricht nun der Kollege Christian Ahrendt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Christian Ahrendt (FDP):**

Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gar nicht vor, mich zu entschuldigen. Ich will nur der Wahrheit etwas aufs Pferd helfen.

**Christian Ahrendt**

(A) (Ulrich Kelber [SPD]: Und sich entschuldigen!)

Dann wollen wir uns einmal die Zeitungslage anschauen.

(Sonja Steffen [SPD]: Ich habe Sie wörtlich zitiert!)

– Hören Sie erst einmal zu, bevor Sie weiter herumkraekelen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Schauen wir uns einmal die Zeitungslage an. Da berichten die *Norddeutschen Neusten Nachrichten*:

Wie aus Papieren, die unserer Redaktion vorliegen, hervorgeht, gab das Innenministerium am 20. Februar 1998 den bundeseigenen Energiewerken Nord bei Lubmin die Erlaubnis, radioaktive Abfälle Dritter, über die ehemaligen DDR-Kernkraftwerke Lubmin und Rheinsberg hinaus, einzulagern.

Fragen Sie mich einmal, wer 1998 Regierungsverantwortung in Mecklenburg-Vorpommern getragen hat! Das waren Sie von der SPD zusammen mit der CDU.

(Sonja Steffen [SPD]: Das sind doch jetzt ganz andere!)

Sich aber hier hinzustellen und zu sagen, Sie hätten nichts damit zu tun, dass heute in Lubmin andere Atomkraftendlagerprodukte eingelagert werden, ist wirklich zynisch. Das ist unwahr, und das lassen wir Ihnen auch nicht durchgehen, Frau Kollegin.

(B)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Tatsache, dass wir heute solche Transporte durch Mecklenburg-Vorpommern erleben, ist einfach und allein dem Grund geschuldet, dass wir bis heute kein Endlager haben. Man kann sich auch nicht hier hinstellen und sagen: Wir haben irgendwann einmal regiert, wir sind leider nicht fertig geworden mit irgendeinem Gesetz, und deswegen haben wir auch leider keine Verantwortung, weil Gott sei Dank eine Wahl dazwischenkam, die es uns nicht erlaubt hat, weiterzumachen. –

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Leider!)

Tatsache ist doch, Frau Kollegin: Der Atommüll, der heute eingelagert werden muss, ist nicht der Atommüll von Norbert Röttgen, das ist auch nicht der Atommüll dieser liberal-christlichen Koalition.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist der Atommüll der Befürworter!)

Das ist der Atommüll von Jürgen Trittin und Sigmar Gabriel, weil sie die Endlagersuche eingestellt haben. Das muss hier doch einmal gesagt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Lassen Sie mich zum letzten Punkt kommen. Bezüglich dessen, was Sie eben zur gestrigen Debatte gesagt haben, zitiere ich jetzt Herrn Silkeit, das ist der Chef der Polizeigewerkschaft in Mecklenburg-Vorpommern, der sich in dieser Woche geäußert hat. Er hat Folgendes gesagt:

Viele Polizisten haben zunehmend den Eindruck, dass sie verheizt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Das betrifft sowohl die Aufrufe von Politikern zum Schottern als auch, dass Selling am Samstag in Greifswald auf der Demo war.

Das ist das, was unsere Polizisten empfinden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie stellen sich in der Debatte hin – auch die Linke gestern – und rufen offen dazu auf,

(Zuruf von der SPD: Sie verheizen die!)

hier Widerstand zu leisten, weil Sie meinen, Sie haben irgendein gesellschaftliches Recht dazu. Das haben Sie nicht.

(Sonja Steffen [SPD]: Das war kein Widerstand, das war eine Demonstration! – Zuruf von Bündnis 90/Die Grünen: So weit ist es mit der FDP gekommen! – Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Seit wann ist eine Demonstration Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte? Das ist abenteuerlich! Jetzt darf man nicht mehr demonstrieren, nur weil Polizisten eingesetzt werden? Was sind die Ursachen? Sie verheizen die Leute!)

(D)

Friedliche Demonstrationen sind okay, aber geistige Beihilfe zum Widerstand gegen Polizeibeamte zu leisten ist nicht okay. Auch das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen, Frau Kollegin.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Zuruf von der SPD: Sie haben mit dem Atommüll gar nichts zu tun?)

Deswegen ist es unzulässig, den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zu sagen, dass an irgendeiner Stelle diese Koalition dafür verantwortlich ist, dass der Atommüll vor Weihnachten durch Mecklenburg-Vorpommern gekarrt wird. Dafür sind Sie verantwortlich. Sie haben die Endlagersuche verpennt. Das müssen die Menschen jetzt ausbaden. Das werden wir den Menschen auch sagen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Kollege Ralph Lenkert für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**(A) Ralph Lenkert (DIE LINKE):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Da hatten wir mit der Bahn ja Glück: Der Castor kam vor dem Schneesturm an, ohne Havarie.

(Heiterkeit der Abg. Ute Vogt [SPD])

Aber das Wetter ist nur eine Unwägbarkeit, die nicht beherrschbar ist. Als Maschinenbauer will ich mich der Castorsicherheit von der technischen Seite nähern. Am 12. April 1912 ging ein Schiff auf die Reise.

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Was? 1912? Wovon reden Sie da?)

Es war das modernste seiner Zeit und unsinkbar, sagten Hersteller und Eigner. Am 15. April 1912 bezahlten 1 500 Passagiere der „Titanic“ das blinde Vertrauen in die Technik mit dem Leben.

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: War das etwa ein Atom-U-Boot, Herr Kollege?)

Mit stählernen Schiffen gibt es inzwischen mehr als hundert Jahre Erfahrung. Trotzdem würde kein Minister Schiffsunglücke ausschließen. Aber beim Castor wollen Sie uns in Sicherheit wiegen.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Diese falsche Bewertung kann, wie bei der „Titanic“, fatal enden.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Ein toller Vergleich! Ein wirklich intelligenter Vergleich! Das passt zu Ihnen!)

**(B)**

Die Sicherheitsanalyse der Castoren beruht nur auf Berechnungen und Versuchen an Modellen. Nicht ein Castor wurde komplett getestet. Sogar bekannte Probleme werden ignoriert. Zum Beispiel gibt es keine Langzeiterfahrungen mit den neuartigen Metaldichtungen am Deckel. Bleiben diese dauerhaft dicht? Der Hersteller kann es nicht beweisen; aber er hofft es.

Außerdem gibt es am Deckel Elastomerdichtungen. Leider weiß man bereits, dass diese mit der Zeit versagen, weil das Material durch die Strahlung zerstört wird. Aber man weiß nicht genau, wann die Dichtung versagen wird. Vielleicht hält sie ja lange genug. Man kann die Dichtung doch verwenden, bis man merkt, dass sie kaputt ist, oder? So denken Sie. Die Linke denkt anders.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Nein! So denken wir überhaupt nicht!)

In Atomkraftwerken ist jedes System doppelt abgesichert, zur Sicherheit. Im Castor jedoch reicht ein einziges Messgerät. Dumm ist nur, dass man entstehende Lecks am Behälter ohne Messgerät nicht erkennen kann. Beim Füllen eines Castors bleibt trotz Trocknung etwas Feuchtigkeit im Behälter. Auch beim Zerfall einer Elastomerdichtung werden Wasser und organische Stoffe freigesetzt. Das ist gut für die Korrosion. Sie beschädigt dann die metallische Dichtung, und sich bildende Gase erhöhen den Druck im Behälter. Das Messgerät sollte erkennen, wann der Behälter in einen kritischen Zustand

kommt – wenn das Gerät funktioniert. Andernfalls tritt Radioaktivität aus. **(C)**

Das Gussmaterial, aus dem der Castor besteht, versprödet durch die harte Strahlung. Niemand weiß, ob ein 30 bis 40 Jahre alter Castor die harten mechanischen Belastungen beim Transport oder gar bei einem Unfall überstehen würde. Bei so viel Unsicherheit ist es die Pflicht, jeden unnötigen Transport zu vermeiden.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei diesen Risiken bezüglich des Behälters wäre zumindest ein Notfallplan für die Lagerzeit wichtig. Aber in der Realität gibt es im Zwischenlager Lubmin keine – ich wiederhole: keine – Vorkehrung, um im Falle eines Lecks eines Castorbehälters das Verseuchen von Greifswald zu verhindern.

(Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Ja, genau! Das ist deren „verantwortungsvolle“ Politik! Von wegen: Alles ist sicher!)

Um die Hitze des Castors abzuleiten, steht dieser in dauerhaftem Luftstrom. Die warme Abluft wird ungefiltert in die Umgebung abgeleitet. Radioaktive Partikel werden so verteilt.

(Matthias Lietz [CDU/CSU]: Gemessen wird also überhaupt nichts, ja? Ist es das, was Sie uns damit sagen wollen?)

Haben die Greifswalder Glück mit dem Wind, können sie noch gesund evakuiert werden.

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Also wirklich! So ein Unfug! – Matthias Lietz [CDU/CSU]: Wissen Sie eigentlich, was Sie da erzählen?) **(D)**

Abtransportieren kann man einen kaputten Behälter aber nicht; sonst verseucht man die Umgebung der Transportstrecke. Wer, wie diese Bundesregierung und vorherige Bundesregierungen, so eine Zwischenlagerung plant, ist gewissenlos.

(Beifall bei der LINKEN – Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Ach Gott! – Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Scharlatanerie ist das!)

Sie wissen um die Risiken. Damit im Unglücksfall aus Ihrer Sicht die Folgen minimiert werden, errichten Sie Zwischenlager in dünn besiedelten Randregionen, in Gorleben und jetzt in Lubmin. Das ist verantwortungslos und zynisch.

(Beifall bei der LINKEN – Matthias Lietz [CDU/CSU]: Die DDR hat es in Morsleben gemacht!)

Was soll eigentlich mit den strahlenden Behältern passieren, wenn 2039 die Genehmigung für Lubmin ausläuft? Falls die Behälter dann noch nicht kaputt sind, ist das Risiko beim Transport in ein anderes Lager, wie schon gesagt, viel höher als heute. Also müsste der Atommüll dann in neue, bessere Behälter umgepackt werden. Ist das Ihr Plan?

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Das ist doch dummes Zeug, was Sie da erzählen!)

**Ralph Lenkert**

(A) Jetzt schaffen Sie den Atommüll nach Lubmin. In einigen Jahren stellen Sie fest: Die Behälter machen Probleme. Dann bliebe Ihnen nichts anderes übrig, als in Lubmin eine Umpackanlage für Castoren zu bauen, die Sie sonst nie durchsetzen könnten. Weil es dann ein staatliches Zwischenlager wäre, müsste der Steuerzahler dafür zahlen. Ganz nebenbei lösen Sie damit auch das Umpackproblem für die Atomlobby.

Fest steht: Das Zwischenlager Nord in Lubmin ist nicht sicher; es gehört geschlossen.

(Beifall bei der LINKEN)

Fest steht: Jeder Castortransport gefährdet Menschenleben an der Strecke, ob in Heidelberg, in Darmstadt, Erfurt, Jena oder woanders. Jede zusätzliche Tonne Atommüll erhöht die Gefahr eines radioaktiven Unfalls.

Deshalb gibt es für verantwortungsbewusste Politiker nur einen Weg: Sofortiges Aussetzen der Castortransporte, Abschalten aller Atomkraftwerke und Konzentrierung der Atomforschung auf eine sichere Verwahrung des Atommülls.

Die Linke wird diesen Weg beschreiten. Folgen Sie uns!

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die Unionsfraktion spricht nun die Kollegin Dr. Maria Flachsbarth.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(B)

**Dr. Maria Flachsbarth (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Lenkert, wir machen einfach mal Angst. Wir behaupten einfach mal, was alles so passieren könnte und welcher Gefahr wir die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande aussetzen. Nach Ihrer Logik dürften wir überhaupt keine Industrie, chemische Industrie zum Beispiel schon gar nicht, betreiben.

(Ralph Lenkert [DIE LINKE]: „Vermeidbare Risiken vermeiden“ heißt das Motto!)

Wir dürften keine medizinische Forschung mehr betreiben, weil immer etwas passieren könnte. Das – Sie wissen es, Herr Lenkert – ist tatsächlich in hohem Maße verantwortungslos.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Gestern Abend sind die vier Castorbehälter aus Cadarache in Lubmin angekommen, geschützt von einem Großaufgebot von 10 000 Beamten, und das tatsächlich aus dem Grund, weil sie eben in ein Bundeszwischenlager gebracht wurden, das nach der Wiedervereinigung für demontierte Kernkraftwerke der ehemaligen DDR gebaut wurde.

2004 hat die ehemalige rot-grüne Bundesregierung entschieden – das ist auch durchaus richtig –, diese Bundesabfälle in ein Bundeszwischenlager zu bringen. Die rot-rote Landesregierung hatte sich dagegen gewandt, musste sich 2004 von Bundesumweltminister Trittin und

2006 von Bundesumweltminister Gabriel aber belehren lassen, dass das Land diesbezüglich keine Mitsprache habe. So weit, so gut. (C)

Mich stört an der ganzen Sache tatsächlich, dass gerade die SPD und die Grünen ihr Mäntelchen immer in den politischen Wind halten,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

je nachdem, ob sie als Landes- oder als Bundesregierung unterwegs sind. Je nachdem, ob sie in der Regierung oder in der Opposition sind, wird ein und derselbe Sachverhalt völlig unterschiedlich beurteilt, je nachdem, wie es politisch gerade in den Kram passt. Demonstrationen gegen Castortransporte, heute ein Zeichen von politischer Kultur, waren 2001 noch rechtswidrige Gewalt.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Gewalt war das nie!)

Als Regierungsmitglied hat Jürgen Trittin hier an dieser Stelle am 15. Februar 2001 gesagt: Weil wir rechtlich und politisch verpflichtet sind, den deutschen Atommüll zurückzunehmen, sagen wir mit aller Klarheit: Proteste sind verständlich, aber in der Sache falsch.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das heißt aber noch nicht, dass sie Gewalt sind!)

Am 29. März 2001 hat er noch eins draufgesetzt und gesagt:

Diejenigen, die durch ihre Aktion auf den Gleisen dazu beigetragen haben, dass die Castorbehälter einen Tag später als geplant angekommen sind, haben für sich in Anspruch genommen, sie seien nicht gewalttätig. Es ist aber völlig eindeutig, ... dass sich diese Menschen rechtswidrig verhalten und Rechtsbruch begangen haben; ... (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der objektiv gleiche Sachverhalt, die Rücknahme von deutschem Atommüll aus dem Ausland, in internationalen Verträgen zugesichert, wird je nachdem, wie es einem in den eigenen parteipolitischen Kram passt, instrumentalisiert. Es ist eben nicht demokratisch, wenn man selbst bestimmt, welche Gesetze eingehalten werden müssen und welche nicht, wenn Abgeordnete der Grünen und der Linken Bürger offen zu Rechtsbruch aufrufen und wenn der, der die lautesten Schreihälse um sich versammelt, sich anstelle der demokratisch legitimierten Mehrheit durchsetzt.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zu welchem Rechtsbruch haben wir aufgerufen?)

Es ist infam, dass die Linken die Aktuelle Stunde mit dem Titel „Kein Atomendlager bei Lubmin“ beantragt haben; denn jeder weiß, dass es in Lubmin weder ein Atomendlager gibt noch geben wird.

(Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Nein, das weiß man eben nicht!)

**Dr. Maria Flachsbarth**

- (A) Der schwach- und mittelradioaktive Müll, den es jetzt in Lubmin gibt, wird ab 2013 zum genehmigten und dann fertigen Endlager Schacht Konrad gebracht, das übrigens in Niedersachsen liegt. Niedersachsen käme aber niemals auf die absurde Idee, zu behaupten, das Endlager nähme nur niedersächsischen Müll auf. Wo kämen wir denn da auch hin?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Für den hochradioaktiven Müll gibt es überhaupt noch kein Endlager. Warum gibt es eigentlich kein Endlager für hochradioaktiven Müll in Deutschland? Das will ich Ihnen sagen: weil die rot-grüne Bundesregierung die Untersuchung eines möglichen Standorts über zehn Jahre lang gestoppt hat. Man hat einfach die Notwendigkeit der Erkundung ignoriert.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Das stimmt doch überhaupt nicht! Frank Schwabe [SPD]: Über zehn Jahre? Wie lange hat Rot-Grün regiert?)

Es gibt eben kein Endlagersuchgesetz. Das hat dieses Parlament niemals erreicht. Es gibt keine Benennung von Alternativstandorten. Es gibt aus rot-grüner Zeit noch nicht einmal Gespräche mit den Ländern, um einen solchen Endlagerstandort alternativ zu benennen. Letztendlich hatten Sie auch keine Traute, tatsächlich zu sagen: Gorleben ist nicht geeignet, und wir lassen es mit der Suche dort. Sie haben sich einfach nur vor der Verantwortung weggeduckt.

- (B) (Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt doch überhaupt nicht! – Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 2013 reden wir weiter!)

Ich bin froh, dass Umweltminister Röttgen jetzt Verantwortung übernimmt, dass er einen Dialog mit den Menschen am Standort Gorleben aufnimmt, wo das Erkundungsbergwerk ist, und dass er ihnen weitgehende Rechte in einem völlig transparenten und offenen Dialog zugesagt hat. Es werde eine Steuerungsgruppe für die vorläufige Sicherheitsanalyse, ein zusätzliches Vertrauensgremium, beide hälftig besetzt mit den Vertretern der Bürgerinitiative, gebildet.

Ich glaube, das ist tatsächlich der Weg, der gegangen werden muss. Es ist jetzt endlich Zeit für ein seriöses und zielgerechtes Handeln und nicht für ein unverantwortliches Spiel mit der Sorge und der Angst der Menschen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der SPD: Die Grünen jubeln!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Kollege Ulrich Kelber für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Ulrich Kelber (SPD):**

(C)

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war zu erwarten, dass es, wenn beim letzten Tagesordnungspunkt einer Plenarsitzung des Deutschen Bundestages zu einem solchen Thema gesprochen wird, etwas hektischer zugeht. Ich habe nur eine Bitte – ich richte sie insbesondere an Herrn Dr. Paul und an Herrn Ahrendt –: Werfen Sie noch einmal einen tiefen Blick in unsere Verfassung, bevor Sie sich das nächste Mal zum Thema Demonstrationsrecht äußern.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Christian Ahrendt [FDP]: Sie müssen einmal hören, was Ihnen die Polizisten vor Ort sagen, und das nicht ignorieren! Das sind auch Staatsbürger, Herr Kollege!)

In der Verfassung ist keine Einschränkung des Rechts auf Demonstration für die eigene politische Meinung vorgesehen.

Man muss sich die Frage stellen: Warum haben die Proteste an Stellen zugenommen, an denen in der Tat anscheinend nichts anderes passiert als vor 2009? Diese Frage sollten sich aus meiner Sicht gerade auch die Abgeordneten von Schwarz und Gelb stellen.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Vielleicht, weil man Ängste schüren will! – Michael Kauch [FDP]: Oder die, die zündeln!)

Das hat ja nicht damit etwas zu tun, dass einfach nur eine andere politische Couleur die Mehrheit hat, sondern das hat mit den Taten an dieser Stelle zu tun.

(D)

Sie sollten einmal sowohl mit den protestierenden Bürgerinnen und Bürgern, die sich betroffen fühlen, als auch mit den dort eingesetzten Polizistinnen und Polizisten sprechen, die zusätzlich zu den Mehreinsätzen aufgrund der Terrorwarnungen gigantische Überstunden fahren und froh sind, wenn jemand mit ihnen über diese Einsätze spricht. Sie können das also wirklich gut tun. Diese sprechen davon, dass es hier nicht um eine technische Diskussion, also darum geht, ob Zwischenlager A oder Zwischenlage B besser geeignet ist. Das sind nicht nur örtliche Proteste, nach dem Prinzip „nicht vor meiner Haustür“, sondern die Menschen verbinden mit der seit November 2009 veränderten Politik Ängste, die zu diesen Protesten führen.

Drei Punkte sind zu nennen.

Erstens. Sie haben entschieden, dass mehr hochradioaktiver Müll entsteht. Das heißt, diese Transporte werden in Zukunft weitergehen, und sie werden eines Tages in vermehrtem Maße auch zwischen den Zwischenlagern und dem Endlager stattfinden. Das heißt, Sie haben für ein Mehr an Transport und damit für ein Mehr an potenzieller Gefahr gesorgt.

(Dr. Michael Paul [CDU/CSU]: Ein Endlager brauchen wir so oder so!)

Zweitens. Es gibt keine Bürgerbeteiligung. Frau Flachsbarth, zur Bürgerbeteiligung: Sie haben ja gemerkt, dass sich die Bürgerinitiativen in Gorleben nicht

**Ulrich Kelber**

- (A) mit dem Bundesumweltminister treffen wollten. Ob sie damit gut beraten waren, muss man wahrscheinlich aus Sicht der jeweiligen politischen Couleur entscheiden.

Aber warum wollten sie das denn nicht? Sie haben gesagt: Erstens ist die Entscheidung schon getroffen worden, und erst danach sollte mit uns gesprochen werden? Zweitens hat man sich entschieden, dass jede Bürgerinformation nur ein freiwilliger, zurücknehmbarer Akt ist. Man hätte die vorhandenen Rechtsinstrumente für eine juristisch überprüfbare, echte Bürgerbeteiligung einsetzen können,

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Das findet doch statt! Das wissen Sie doch!)

entweder nach dem Atomrecht oder nach dem seit 1991 gültigen aktuellen Bergrecht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man hat sich aber dafür entschieden, ein 1983 aufgegebenes Verfahren erneut zu verwenden, um keine Bürgerbeteiligung durchzuführen zu müssen.

(Frank Schwabe [SPD]: So einfach ist das! – Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Es wird doch nicht dadurch besser, dass Sie das immer wieder falsch wiederholen!)

Es hat auch keinen gesellschaftlichen Diskurs gegeben.

- (B) Drittens. Die Wahrheit stirbt, wenn der Atom Müll kommt. Auch das haben die Menschen erlebt. Das gilt für Morsleben, das gilt für die Asse, und das gilt für Gorleben,

(Christian Ahrendt [FDP]: Die Wahrheit stirbt, wenn die SPD regiert!)

wo geschummelt, gelogen und vertuscht wurde. Natürlich haben die Menschen kein Vertrauen, weil für Lubmin jetzt jemand zuständig ist, der schon bei der Asse dafür verantwortlich war, dass zum Beispiel Atom Müllfässer falsch deklariert wurden. Das kann man, denke ich, gut verstehen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kauch und Frau Flachsbarth, ich möchte gerne auf Sie eingehen, wobei ich normalerweise die Streitigkeiten zwischen den Rändern des Parlaments nicht kommentiere. Aber Sie haben das Thema Morsleben angesprochen und gesagt, das sei damals in der SED-Zeit eingerichtet worden. Sie wissen aber schon, dass die Bundeskanzlerin, die Sie durch Ihre Koalition unterstützen, als Umweltministerin gegen den Rat der Fachleute aus dem eigenen Ministerium für die weitere Einlagerung von Atom Müll in Morsleben votiert hat. Das haben Sie mitbekommen? Sonst schicke ich Ihnen den Vorgang gerne noch einmal zu.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und zwar westdeutschen!)

Letzter Punkt. Rot-Grün hat kein Endlager gesucht. Dass es einen Endlagersuchprozess gegeben hat, den AkEnd, wissen Sie natürlich. Sie sind in dieser Zeit ja dafür bezahlt worden, in der Opposition aufzupassen. (C)

Was Sie vielleicht nicht wissen – das sage ich Ihnen von Nordrhein-Westfalen zu Nordrhein-Westfalen; wir wohnen nicht in dem Bundesland –:

(Otto Fricke [FDP]: Bonner!)

Die Landesregierung von Baden-Württemberg, Schwarz-Gelb – noch, bis März –, hat gegenüber der Schweiz darauf bestanden, dass diese ihr Endlager unter den Kriterien sucht, die die rot-grüne Bundesregierung in der Zeit bis 2005 entwickelt hat.

Also lernen Sie einmal von Ihren Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg. Dann würden Sie etwas schlauer daherreden.

Vielen Dank. Frohe Weihnachten und guten Rutsch!

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Kollege Dr. Georg Nüßlein für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Dass wir in der letzten Debatte in diesem Jahr über einen Akt linker Propaganda diskutieren müssen, ist etwas, was mich ärgert, was mich aufregt. Herr Lenkert, wenn Sie jetzt so lachen, sage ich Ihnen ganz offen: Das, was Sie vorgetragen haben, meine ich an dieser Stelle nicht. Das war schlicht und schlank Dummheit. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Vorsicht!)

Das, was Sie hier vorgetragen haben, war technisch so unhaltbar, dass ich mich angesichts Ihrer Berufsbezeichnung als Techniker schon wundere, wie Sie auf solche absurden technischen Zusammenhänge und Spekulationen kommen.

(Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Bis jetzt haben Sie noch nichts belegt! Bis jetzt haben Sie nur behauptet! – Ralph Lenkert [DIE LINKE]: Jedes Auto ist besser getestet!)

Ich nehme an, dass die Mehrheit derjenigen, die auf der linken Seite sitzen, sehr genau weiß, dass das Thema Endlager in Lubmin überhaupt kein Thema ist, und dass es Ihnen nur darum geht, unredlich, unverantwortlich und unanständig Angst zu schüren und für Sie Propaganda zu machen.

(Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Sie liefern den Grund! Die Angst ist da! Die schüren wir nicht!)

Es gibt noch einen anderen Punkt in Ihrer Rede – wenn Sie mich an dieser Stelle so angehen –, der mich

**Dr. Georg Nüßlein**

- (A) schon stutzig gemacht hat. Es ist schon spannend, zu sehen, dass Sie eine Mauer im Kopf haben und zwischen Ost und West differenzieren, sodass man bei dieser Gelegenheit merkt, dass Ihnen die deutsche Einheit überhaupt nichts bedeutet

(Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Ich kann Ihnen leider nicht antworten!)

und dass Sie im Unterschied zu der Kollegin Steffen nicht einmal würdigen können, was die deutsche Einheit auch im Blick auf Umweltschutz und Sicherheit von atomaren Anlagen gebracht hat. Das ist etwas, was besonders traurig ist, weil es an dieser Stelle fachlich dazugehören würde.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wenn wir uns weiter über die Linke und ihr Verhältnis zu diesem Thema unterhalten, können wir gerne auf den Castortransport im November zurückblicken. Etliche Linke-Abgeordnete riefen zum Schottern, zu einer klaren Straftat, die auch noch gefährlich ist, auf.

(Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Wer denn? Wer von den Linken hat im Zusammenhang mit Lubmin zum Schottern aufgerufen? Sie behaupten hier etwas, was nicht stimmt!)

Daran sieht man, wer Sie sind und was Sie sind. Der Kollege Gysi hat in Dannenberg demonstriert und der Polizei seinen Dienstwagen überlassen. Sie sollte darauf aufpassen. Auch daran sieht man, wer Sie sind und was Sie sind. Dass der Kollege Ernst seinen Porsche gleich zu Hause gelassen hat und gar nicht hingegangen ist, ist auch etwas, woran man sieht, wer Sie sind und was Sie sind.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Haben Sie schon etwas zum Thema gesagt? – Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Bis jetzt geht es null um das Thema! – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Wenn Sie sagen, ich kritisiere alles, dann komme ich gern zu den Grünen.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe mit großer Freude zur Kenntnis genommen, dass Frau Kotting-Uhl das Thema Propaganda und den Titel des Ganzen genauso sieht wie ich.

Ich gehe jetzt einfach einmal davon aus, dass Sie von den Grünen deshalb an dieser Stelle etwas leiser treten, weil Sie unter dem Druck stehen, Herrn Trittin bei jeder Gelegenheit verteidigen zu müssen; das haben wir ja heute schon mehrfach gehört.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nüßlein, das ist Stüsslein! – Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Zitat von Trittin aus dem Jahr 2001 ist ja mittlerweile gut bekannt:

Gegen diese Transporte sollten Grüne in keiner Form sitzend, stehend, singend, tanzend demonstrieren. (C)

Ich gehe auf die beiden Worte „singend“ und „tanzend“ ein, weil sie eigentlich das Spannendste an diesem Zitat sind. Das deutet ein bisschen auf Folklore hin, auf eine Art von Kultur, die Sie an dieser Stelle offenbar entwickeln wollen. Jetzt, da es draußen Schnee und Eis gibt, ist dies draußen leider gründlich schiefgegangen.

(Ute Vogt [SPD]: Ihre Rede aber auch!)

Die geringe Zahl an Demonstranten, insbesondere von der grünen Seite, wurde schon erwähnt. Ich habe den Eindruck, denen ist es schlicht und schlank zu kalt. Das ist eine Form von linker oder grüner Schönwetterpolitik und nichts anderes. Wenn es Ihnen um die Sache ginge, könnte es Ihnen ja nicht zu kalt sein.

(Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie müssen aufpassen, dass Sie jetzt nicht unter die Gürtellinie geraten!)

Ich gehe davon aus, dass mittlerweile auch klar ist, dass unter Herrn Trittin 1999 dieses Zwischenlager Nord genehmigt wurde. Das ist im Übrigen etwas, was im Kontext dessen steht, was er getan hat.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist schon viel früher genehmigt worden!)

Er hat nämlich bis zu seiner Regierungszeit Zwischenlager als Blechhütten abgewertet und dann über die Republik verteilt. Das müssen Sie sich auch einmal sagen lassen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das ist diese grüne Doppelzüngigkeit, die einem wehtut. Ich meine, wir sollten diese ganze Debatte mit etwas mehr Redlichkeit führen.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insbesondere kurz vor Weihnachten

(Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Jetzt wird es interessant! Jetzt kommen wir zum Thema!)

steht uns allen dies gut an. In diesem Sinne wünsche ich frohe Weihnachten.

(Beifall bei der CDU/CSU – Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Nein, doch nicht!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Matthias Lietz für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Matthias Lietz (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es fällt mir nicht leicht, zu dieser Stunde und aus diesem Anlass in dieser fröhlichen Runde, wie ich hier bemerke, zu diesem Thema zu Ihnen zu sprechen. Es ist, wie ich glaube, niemand in diesem Raum, der so

**Matthias Lietz**

- (A) wie ich 1989 vor den Toren dieses Werkes stand und sich über den Beschluss der damaligen DDR-Regierung – es war der Minister Pflugbeil – gefreut hat, in dem es um die Stilllegung und den Ausstieg aus der Kernenergie an diesem Standort ging.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aus meiner ganz persönlichen Erfahrung sage ich Ihnen: Ich habe wenige Tage später begriffen, was Ausstieg aus der Kernenergie bedeutet. Ich habe in meiner ehrenamtlichen Zeit – das sind mittlerweile 20 Jahre – vor Ort viele Minister kommen und gehen sehen. In der Regel wurde als erstes Wort der Ausstieg aus der Kernenergie betont. Das zweite Wort, dass wir dann auch Kraftwerke stillzulegen haben, habe ich dann schon seltener vernommen. Etwa 1993 wurde es ernst, als für die Bundesrepublik Deutschland festgelegt wurde, an den Standorten Zwischenlager zu errichten. Dass dies für die Menschen vor Ort natürlich auch Entscheidungen bedeutet, ist klar. Ich komme aus diesem Seebad Lubmin und wohne in unmittelbarer Nähe; es sind drei Standortgemeinden, was für Kraftwerksstandorte nicht ungewöhnlich ist, Rubenow, Kröslin, Lubmin. An diesem Standort wurde dann dieses Zwischenlager gebaut.

Als Bürgermeister war ich in einer komfortablen Lage. Ich habe den Menschen erklärt: Wir bauen hier ein Zwischenlager am Standort, weil wir die Verantwortung für die DDR übernommen haben. Herr Bockhahn, Sie haben die Gnade der späten Geburt – das rechne ich Ihnen noch an –, daher können Sie es nicht wissen. Ich habe nicht die Gnade gehabt, auf der Großbaustelle des Sozialismus arbeiten zu dürfen. Mein Protest bedeutete Arbeitslosigkeit in Lubmin. Ich will Ihnen eines versichern: Die Menschen haben dann schnell begriffen, dass wir dieses Zwischenlager bauen, weil es in der Bundesrepublik ja die Suche nach einem Endlager gibt, und das war zu diesem Zeitpunkt Gorleben.

Sie haben mit gutem Gewissen gesagt: Jawohl, wir übernehmen diese Verantwortung. – Ich erwarte, dass wir diesen Menschen erklären – das werden wir mindestens 17-mal, wenn nicht sogar 18-mal tun müssen –, dass zum Ausstieg aus der Kernenergie auch ein Endlager gehört und dass das Endlager nicht irgendwo in Europa oder in der Welt, sondern in der Bundesrepublik Deutschland errichtet werden muss. Nachdem ich mir gestern hier in Berlin die Fernsehbilder über Lubmin angeschaut habe, kann ich nur sagen, dass Sie verstehen müssen, wie schwierig es für die Menschen vor Ort ist. Diese haben die Entscheidungen in einer Demokratie zu akzeptieren und sich der Mehrheit zu beugen, die einen Beschluss nach einem bestimmten Verfahren fällt; ich stehe hier voll an ihrer Seite. Wir werden das Verfahren, mit dem festgestellt wird, an welchem Standort in der Bundesrepublik das Endlager errichtet werden soll, offen

- führen müssen. Diese Verantwortung haben wir als Politiker hier im Deutschen Bundestag zu übernehmen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich heiße es nicht gut, dass ein ehemaliger Minister meines Bundeslandes zum Schottern aufruft und dass ein Ministerpräsident sagt: Nein, wir sind dagegen. – Wir Politiker können hier in Berlin in die Unterlagen schauen – mir liegen sie vor – und wissen genau, wie ein Endlager in Deutschland aussehen soll. Es ist längst beschrieben – das können alle nachlesen –, wie die Suche danach aussehen soll und wie wir unserer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen gerecht werden können. Ich bitte Sie nur, diese Verantwortung – genau das musste auch ich lernen – gemeinsam zu übernehmen und es den Menschen zu erklären; denn es folgt nun ein wesentlicher und – das ist in Lubmin mittlerweile schon 20 Jahre her – viel komplizierterer Schritt: Wenn die Fragen betreffend Zwischenlager und Endlager geklärt sind, müssen wir den Menschen vor Ort sagen, was danach kommt. Was soll dann mit den betroffenen Standorten geschehen? In Lubmin geht es um etwa 300 Hektar Industriefläche, die schon einmal kreuz und quer umgegraben wurde. Was soll man damit machen? Welche Perspektive kann man den Menschen dann eröffnen? In dieser Verantwortung stehen wir alle.

Ich möchte mich bei allen bedanken, vor allen Dingen bei den Einsatzkräften, die den Transport ermöglicht und ihn sorgsam und bedacht begleitet haben. Aber ich möchte auch den Einwohnern meines Wahlkreises danken, die in den letzten Tagen sehr viel erdulden mussten. Ich denke, das sind wir ihnen schuldig. (D)

Ich wünsche ihnen und uns allen eine gesegnete Weihnacht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 19. Januar 2011, 13 Uhr, ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche Ihnen besinnliche Feiertage, Erholung und manche neue Erkenntnis. Wie ich höre, ist das Tief „Petra“ abgezogen. Das heißt, Sie haben hoffentlich eine beschwerdefreie Heimreise.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 16.33 Uhr)